

Inhaltsverzeichnis

3-6 DSW-Mitteilungen

- 3 Constantin: Showdown der Großaktionäre
- 3 Experten-Tipp: Brexit: Sicher ist, dass noch nichts sicher ist
- 4 Aixtron: Verklagt die DSW Minister Gabriel?
- 5 ECGS-Studie: Trends aus Aktionärsicht
- 5 DSW-Mitgliederversammlung: „Ein ereignisreiches Jahr“
- 6 HAC-Marktkommentar: Referendum in Italien – droht der nächste Schock?

7-9 Aktivitäten der Landesverbände

- 7 Windreich: Verjährung von Ansprüchen gegen Wirtschaftsprüfer droht
- 7 KTG Energie AG – wenig Grund zur Hoffnung für Anleihegläubiger
- 8 Bekleidungskonzern Wöhrl AG lässt Anleihegläubiger weiter im Dunkeln tapen
- 8 Petromove AG – Hoffnungsschimmer für betrogene Anleger
- 9 Boni-Rückzahlungen bei der Deutschen Bank
- 9 Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der CeoTronics AG

10 Konjunkturmonitor

Endspurt

11 Börsenmonitor

Novemberbescherung

12 Veranstaltungen

13 Impressum

14 Mitgliedsantrag

Der Druck steigt – mit und ohne Zinsschritt



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Finanzwelt ist sich einig wie selten zuvor, dass wir in den USA schon bald eine Zinserhöhung sehen werden. Einig ist man sich allerdings auch zugleich, dass dies nicht das Ende der jahrelangen Niedrigzinsphase sein wird.

Vielmehr wollen die USA mit der Erhöhung zu diesem Zeitpunkt signalisieren, dass ihre Wirtschaft stark, die Binnenfrage gesund und das Wachstum nachhaltig sind. Eine steile Zinskurve werden wir erst einmal nicht sehen.

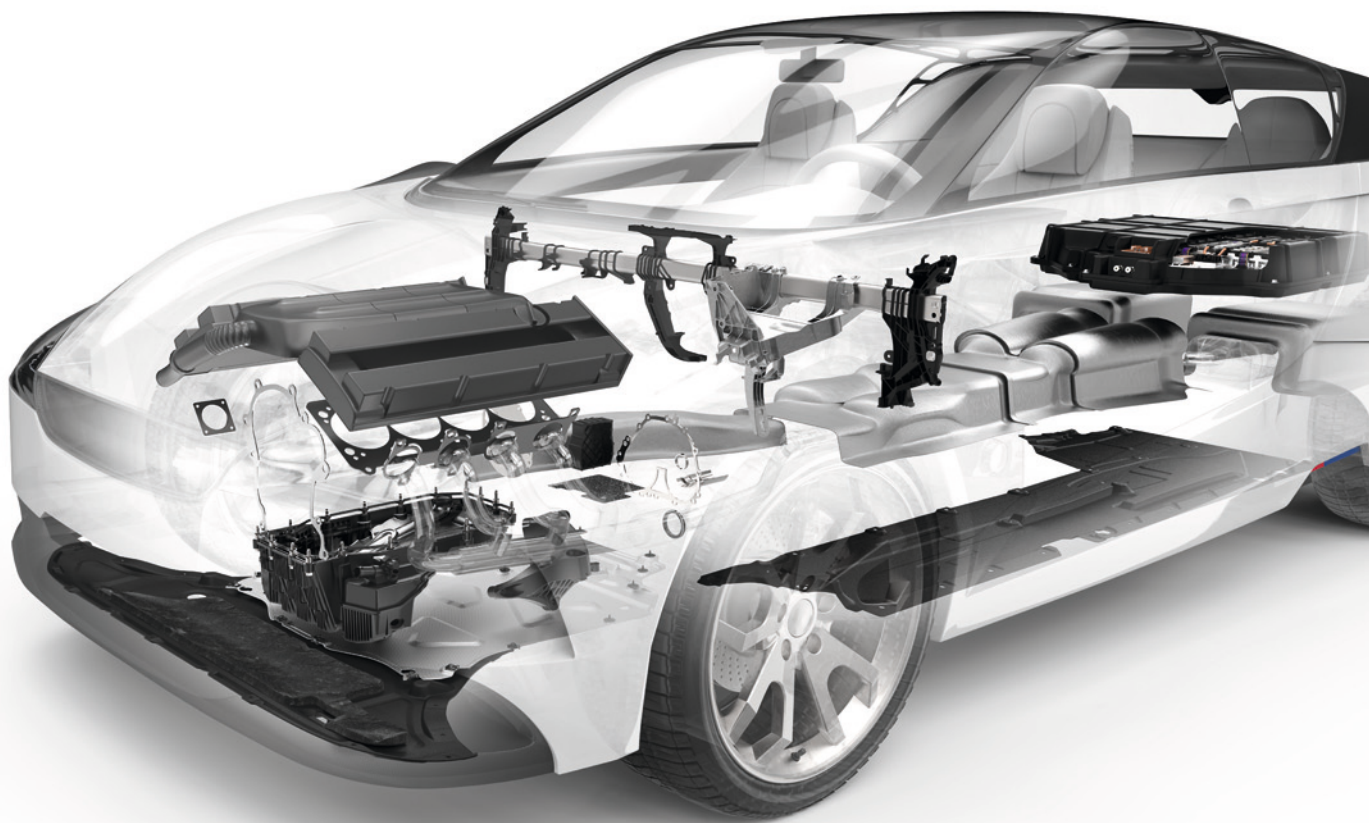
Noch interessanter wird aber sein zu beobachten, wie wir hier in Europa mit dem Zinsschritt in den Vereinigten Staaten umgehen. Zunächst wird das Kapital im Zinsbereich neu allokiert und mehr in die USA fließen. Der Dollar wird stärker, der Euro sinkt, was aber letztendlich der deutschen, exportgetriebenen Wirtschaft zunächst gefällt.

Allerdings werden wir uns hier in Europa auch nicht der Diskussion entziehen können, wie wir es endlich schaffen wollen, dass auch in Europa die Zinsen wieder steigen und damit wieder „normalere“ Zustände herrschen. Denn die USA könnten deutlich erstarken, während das süße Gift des billigen Geldes sowie der schwache Euro hier in Europa weiter sehr viele Probleme zudeckt.

Würde man so manche Gewinn- und Verlustrechnung um diese beiden Faktoren bereinigen, dürfte es auch bei einigen Unternehmen schon heute deutlich düsterer aussehen. Der Druck wird also steigen – mit und auch ohne Zinserhöhung in Europa.

Keine schönen Zeiten für uns Anleger. Die Volatilität wird nochmals steigen. Unsere Hausaufgabe ist es, bereits heute zu erforschen, wie die von uns gehaltenen Werte auf die zukünftigen Veränderungen reagieren. Wer wird verlieren, wer wird gewinnen? Es ist Zeit für einen Depot-Check.

Ihr Marc Tüngler



Unser Antrieb: Innovative Technologien für eine umweltgerechte Mobilität

Mit technologisch anspruchsvollen Innovationen leisten wir einen Beitrag zur Emissions-, Verbrauchs- und Gewichtsreduzierung, zum Einsatz alternativer Kraftstoffe und zur Entwicklung neuer Motoren- und Getriebegenerationen. Als Partner der internationalen Fahrzeugindustrie ist unsere Innovationskraft nicht nur bei Zylinderkopf- und Spezialdichtungen, Kunststoff-Leichtbauteilen und Abschirmsystemen rund um Motor, Getriebe, Abgasstrang und den Unterboden gefragt.

Unsere Kompetenz reicht weiter: über effiziente Lösungen im Bereich der Abgasnachbehandlung bis hin zu Komponenten für Brennstoffzellen und für Lithium-Ionen-Batterien. So fördern wir nachhaltige Mobilität. Weltweit.

Mobilität erfahren – Zukunft entwickeln.
www.elringklinger.de

Constantin: Showdown der Großaktionäre

Constantin Medien ist eigentlich für gute Filme, insbesondere Komödien, bekannt. „Fack ju Göhte“ gehört zu den lustigsten und erfolgreichsten deutschen Filmen aller Zeiten. Doch obwohl der Film und seine Fortsetzung viel Geld in die Kassen des Unternehmens gespült hat – den Aktionären der Constantin Medien ist momentan alles andere als zum Lachen zumute.

Die beiden Großaktionäre Dieter Hahn (ehemals rechte Hand von Leo Kirch) und Bernhard Burgener (Ex-Vorstandschef bei Constantin und Chef der Schweizer Tochter Highlight) liefern sich einen öffentlichen Machtkampf, der das Unternehmen schwer schädigt. „Das ist unerträglich, das Unternehmen ist absolut gelähmt. Hier muss schnellstmöglich Frieden einkehren“, mahnt Anwalt Nikolaus Lutje, Sprecher der DSW.

Doch das ist leichter gesagt als getan, denn beide Seiten stehen sich in einem zentralen strategischen Punkt konträr gegenüber: Es geht um den angedachten Verkauf der traditionsreichen Filmsparte. Aktionär Hahn und der aktuelle Constantin-Chef Fred Kogel treiben die Trennung vom Produktionsgeschäft voran und wollen sich unter anderem auf

das Geschäft mit Sportübertragungen konzentrieren. Die Einnahmen aus dem Verkauf wollen sie nutzen, um die rund 200 Millionen Euro Schulden abzutragen.

Die Filmproduktion ist allerdings bei der Tochter Highlight geparkt. Die gehört zwar mehrheitlich Constantin, wird aber von Burgener kontrolliert. Ein Patt. Denn der gegnerische Großaktionär Burgener will den Verkauf mit allen Mitteln verhindern. Sein Argument: „Nicht alle Eier in einen Korb“. Die Constantin Film sei ein traditionsreiches Unternehmen, das unzählige Blockbuster von den Edgar-Wallace-Krimis der 1960er Jahre über internationale Großproduktionen wie „Der Name der Rose“ bis zum Kinohit „Fack ju Göhte“ produziert hat.

Auf einer außerordentlichen Hauptversammlung trafen beide Seiten jüngst aufeinander. Constantin hatte vorsorglich zwei Tage reservieren lassen, denn bereits die letzte Hauptversammlung im Juli endete ohne Ergebnis und Annäherung. Stattdessen gab es Tumulte. Für DSW-Sprecher Lutje kann es so nicht weitergehen. „Ob die Filmsparte verkauft wird oder nicht, ist momentan fast zweitrangig“. Hier gehe es nun darum, den eskalierten Streit beizulegen, damit Constantin wieder handlungsfähig wird. Es wird Zeit, denn an der Börse hat das Papier bereits rund 30 Prozent an Wert eingebüßt.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Brexit: Sicher ist, dass noch nichts sicher ist

Frage: Über den drohenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) – also den Brexit – ist bereits viel geschrieben worden, allerdings wenig Konkretes. Damit mir als Anleger überhaupt eine Orientierung möglich wird, würde ich gerne wissen, wie denn der Zeitplan und die Umsetzung eines solchen Brexit genau aussehen kann? Des Weiteren wüsste ich gerne, welchen Einfluss die Entscheidung des britischen High Courts auf das weitere Verfahren und den Zeitplan hat? Und wie könnten mögliche Varianten des Brexit – hier wird vom „harten“ oder „weichen“ Brexit gesprochen – aus Ihrer Sicht aussehen?

Antwort: Die amtierende britische Regierung hat angekündigt, den Austritt aus der EU nach Art. 50 des EU-Vertrags bis Ende April 2017 formell zu erklären. Damit wäre dann der erste Schritt in Folge des Votums aus dem britischen Volksentscheid getan.

Sollte dieser sogenannte Trigger wie geplant erfolgen, beginnt eine Frist von zwei Jahren, in der Großbritannien und die EU die genauen Modalitäten und Details verhandeln. Aus heutiger Sicht ist völlig offen, ob am Ende dieser Verhandlungen ein „harter“ Brexit – also ein vollständiger Austritt aus dem EU-Vertrag erfolgt – oder ob ein „weicher“ Brexit gelingt, der auch weiterhin eine enge Verbindung zur EU ermöglicht. Dies hängt ganz wesentlich vom Verhandlungsverlauf ab. Denkbar sind auch viele Varianten zwischen diesen beiden extremen Möglichkeiten. Die vor kurzem verkündete Entscheidung des britischen High Courts,



der eine Zustimmung des britischen Parlaments zum Brexit verlangt, könnte diesen Zeitplan übrigens sehr stark durcheinander bringen: Klarheit wird wohl erst das Urteil der nächsten Instanz des britischen Supreme Courts bringen, das für Anfang Dezember erwartet wird. In jedem Fall kann man heute schon sagen, dass ein angestrebter Abschluss der Verhandlungen bis April 2019 sehr ambitioniert scheint.

Aixtron: Verklagt die DSW Minister Gabriel?

Der Streit um die vom Bundeswirtschaftsministerium gestoppte Übernahme des Chipanlagenbauers Aixtron durch einen chinesischen Investor eskaliert weiter.

Nachdem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel Anfang September eine bereits erteilte Unbedenklichkeitsbescheinigung zurückgenommen hatte, um die Übernahmepläne nochmals prüfen zu lassen, steht der bereits sicher geglaubte Deal und damit zugleich die vom Management erhoffte Rettung des angeschlagenen Chip-Anlagenbauers durch den chinesischen Investor Fujian Grand Chip Investment (FGC) vor dem Aus. Für das Management des Aachener Maschinenbauers ist das ebenso unverständlich wie für die DSW: Die Aktionärsvereinigung kündigte an, eine Schadenersatzklage gegen die Bundesregierung prüfen zu wollen, falls die Erlaubnis nicht doch noch gegeben werde. „Der Minister zerstört Vertrauen“, kritisierte DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. „Er hat sich offenbar vor den Karren der US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen spannen lassen. Denn eins ist auch klar: Sollte Aixtron an die Chinesen gehen, hätten US-amerikanische Konkurrenten des Aachener Maschinenbauers in China deutlich schlechtere Karten, wenn es zukünftig um die Vergabe von neuen Aufträgen geht, die doch ziemlich sicher erscheinen“, argumentiert Tüngler.

Gleichzeitig fordert er Aixtron-Aktionäre auf, den Eingriff in ihre Eigentumsposition nicht als gottgegeben hinzunehmen. „Diese Anteilseigner haben auf eine Entscheidung der zuständigen Behörde vertraut und sie durften das auch. Dies gilt sowohl in juristischer Hinsicht in Form von möglichen Entschädigungsansprüchen als auch darüber hinaus. Denn dass Herr Gabriel die Aixtron-Aktionäre nun zu Geiseln seiner neuen außenpolitischen Strategie macht, ist nicht akzeptabel“, kritisiert Tüngler.

Der DSW-Hauptgeschäftsführer sieht das Vorgehen im Fall Aixtron sogar gleich in zweierlei Hinsicht negativ. Zunächst zeige der Fall, dass es hierzulande keinerlei strategisch geplante Standortpolitik gegen massive Aufkaufversuche ausländischer Investoren gibt. „Wie selbstbewusst müssen wir mit den Einkäufern unserer Industrie aus Fernost umgehen? Das ist eine grundlegende Frage. Und hier hätte ich mir schon viel früher eine etwas härtere Gangart gewünscht. Dies gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass deutsche Unternehmen in China in der Regel nur aktiv werden dürfen, wenn sie einen dort heimischen Partnern vorweisen können“, so Tüngler.

Dieser Konflikt dürfe aber nicht auf dem Rücken der Aixtron-Aktionäre ausgetragen werden, das ist der zweite Kritik-



punkt, der nach Ansicht der DSW Konsequenzen haben kann. „Daher prüfen wir derzeit Ersatzansprüche der betroffenen Aixtron-Aktionäre, sofern unser Bundeswirtschaftsminister weiterhin die Genehmigung versagt“, so der DSW-Hauptgeschäftsführer. Betroffene Aktionäre können sich bei der DSW unter 0211/6697-02 oder per Email unter dsw@dsw-info.de melden.

Klar ist aber auch: „Herr Gabriel muss jetzt schnell entscheiden, da Aixtron die Zeit wegläuft. Wartet er zu lange, wird Aixtron existenzielle Probleme bekommen und es würden Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet“, sagt Tüngler. Wenn Aixtron so sicherheitsrelevant sei, fordere man Gabriel auf, „Aixtron selbst vor dem Untergang zu retten und damit unserem Sicherheitsinteressen zu dienen, anstatt so viel Porzellan zu zerschlagen.“

ECGS-Studie: Trends aus Aktionärssicht

Die Hauptversammlungssaison geht zu Ende. An die spannendsten, ungewöhnlichsten oder umkämpftesten HVs in Deutschland dürften sich viele Aktionäre noch erinnern. Aber: Wie sieht das mit Blickrichtung Europa aus? Welche HV-Trends gab es aus Aktionärssicht hier?

Das Analysehaus ECGS (Expert Corporate Governance Service) hat genau dies analysiert. Neben der DSW als Gründungspartner gehören dem ECGS auch Organisationen aus der Schweiz (Ethos), Italien (Frontis Governance), UK (Manifest), Frankreich (Proxinvest), den Niederlanden (Shareholder Support) und Australien (SIRIS) an. Das Analysehaus ECGS arbeitet unter anderem für große Asset Manager und Pensionsfonds. ECGS-Kunden verwalten kumuliert ein Vermögen von mehreren Billionen Euro.

Die Ergebnisse der Analyse sind vielschichtig. Aus deutscher Sicht immer wieder entscheidend ist die Frage der Präsenzen: „Auf den HVs der DAX30-Gesellschaften gab es einen Rekord. Die Präsenzen sind im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte auf 62 Prozent gestiegen. Damit wurde der bisherige Bestmarke aus dem Jahr 2012 übertroffen“, erläutert Jella Benner-Heinacher, stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin und zugleich Präsidentin von ECGS. Zu verdanken ist das in erster Linie der Steigerung der Präsenz bei den Unternehmen mit Namensaktien. Hier ist die Präsenz von 44 Prozent im Vorjahr auf jetzt 54 Prozent angestiegen. Bei den Unternehmen mit Inhaberaktien gab es keine Veränderung. Genau wie 2015 lag die Präsenz auch in diesem Jahr wieder bei 72 Prozent.

Trotz des Zuwachses bleibt auf deutschen Hauptversammlungen aber klar unter den europäischen Vergleichswerten. „Der Grund für die eher niedrige Anwesenheit auf den Aktionärstreffen deutscher AGs ist wohl der hohe Anteil ausländischer Investoren an den DAX30-Gesellschaften und die nicht zu unterschätzenden Probleme bei der grenzüberschreitenden Ausübung von Stimmrechten“, so Benner-Heinacher. Mit einer HV-Präsenz von durchschnittlich 70 Prozent liegt Italien deutlich höher. Auch in Frankreich (65 Prozent) und der Schweiz (66 Prozent) können die AGs auf eine höhere Anwesenheit bei den Aktionärstreffen blicken.

Die Präsenzen sind natürlich nur die eine Seite der Medaille. Interessant ist ja vor allem, wie im Einzelnen abgestimmt wurde. Hier lohnt ein Blick auf den Tagesordnungspunkt „Vergütung“: Dieser wurde intensiv diskutiert. Dass nicht alle Aktionäre mit den gegebenen Erläuterungen zufrieden waren, zeigt eine durchschnittliche Ablehnungsquote bei

den Say on Pay Abstimmungen von fast 24 Prozent. Damit schneidet dieser Tagesordnungspunkt mit Abstand am schlechtesten ab. „Verglichen mit dem vergangenen Jahr hat sich die Ablehnungsquote mehr als verdreifacht. Damals lag sie lediglich bei 7,2 Prozent. 2014 sogar nur bei 3,7 Prozent“, so Benner-Heinacher.

DSW-Mitgliederversammlung: „Ein ereignisreiches Jahr“

Bereits zum 69. Mal trafen sich die DSW-Gremien und die Mitglieder nun zur Standortbestimmung im Rahmen der Mitgliederversammlung der großen deutschen Aktionärsvereinigung.



„Damit steht für das nächste Jahr schon ein großes Ereignis fest: Die DSW wird 70 und das werden wir dann auch gebührend feiern“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler zu Beginn seines Überblicks über die Aktivitäten der Anlegerschützer im laufenden Jahr, für das er dann ein sehr positives Gesamtfazit zog: „Es war und ist ein äußerst ereignis- und themenreiches Jahr, in dem die DSW sich erneut an vielen Fronten für die Anleger in die Bresche geworfen hat.“ Als Belege dafür nannte er etwa die angepeilte Sonderprüfung im Fall des Skandals rund um die manipulierte Software bei Dieselfahrzeugen aus dem VW-Konzern.

„Nachdem wir uns erwartungsgemäß aufgrund der bekannten Mehrheitsverhältnisse auf der VW-Hauptversammlung nicht durchsetzen konnten, haben wir den Sonderprüfungsantrag nun vor Gericht eingereicht“, so Tüngler. Auch die Deutsche Bank habe erst auf gerichtlichen Druck hin einer freiwilligen Sonderprüfung zugestimmt. Ganz aktuell beschäftigt die Anlegerschützer zudem der Fall Aixtron, wo Wirtschaftsminister Siegmund

Gabriel einen Zickzack-Kurs fährt und so die geplante Übernahme durch einen chinesischen Investor gefährdet. „Hier wurde sehr viel Vertrauen und noch mehr Kapital der Anleger vernichtet. Das können wir nicht auf sich beruhen lassen“, versichert Tüngler.

Aber auch abseits medienwirksamer Einzelfälle vertritt die DSW konsequent die Interessen der Aktionäre. So waren die HV-Sprecher erneut auf rund 750 Hauptversammlungen im In- und Ausland für die DSW-Mitglieder aktiv. „Mein Dank gilt hier insbesondere den Landesgeschäftsführungen und natürlich unseren vielen ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, ohne die dieses Pensum unmöglich zu schaffen wäre“, so Tüngler.

Als weiteren wichtigen Teil der DSW-Arbeit stellte Tüngler die Studien heraus, von denen die meisten mittlerweile in der Öffentlichkeit einen solchen Grad an Anerkennung erreicht hätten, dass ihre Ergebnisse die jeweiligen Debatten nachhaltig prägten. „Dazu gehört neben der Vorstandsvergütungsstudie sicher auch die Aufsichtsratsstudie oder unsere Dividendenstudie – um nur drei zu nennen“, so Tüngler.

Das Wichtigste ist nach Ansicht des DSW-Hauptgeschäftsführers aber das direkte Serviceangebot für die Mitglieder der Schutzvereinigung: „Rund 100 Anfragen gehen Tag für Tag bei der DSW ein. Dass diese so fundiert und schnell beantwortet werden, liegt am hochmotivierten kompetenten Team, dem ich hier ebenfalls nochmals ganz herzlich danken möchte“, so Tüngler.

HAC-Marktkommentar: Referendum in Italien – droht der nächste Schock?

Liebe DSW-Mitglieder,

nach dem Brexit und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA steht in Italien mit dem Referendum über eine Verfassungsreform das nächste politische Großereignis des Jahres an. Die Italiener haben die Chance auf eine historische Weichenstellung.

In erster Linie geht es bei dem Referendum um die Abschaffung des Systems zweier gleichberechtigter Parlamentskammern, des Senats und der Abgeordnetenkammer. Beide Kammern sind im Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt. Dieser perfekte symmetrische Bikameralismus ist in der Welt nahezu einzigartig und wird von vielen politischen Beobachtern als Hauptgrund für die politische Misere des Landes angesehen. Stabile Mehrheitsverhältnisse sind durch dieses

System kaum zu erreichen.

Lehnen die Italiener das Referendum ab, wird der Rücktritt Renzi wahrscheinlich. Italien müsste neu wählen. Aus Sicht der Kapitalmärkte wäre dieses Szenario das Ungünstigste, weil die Zukunft des Landes mit einem möglichen Premierminister Beppe Grillo von der linkspopulistischen Bewegung Fünf Sterne die Ausweitung der Staatsausgaben und die Infragestellung des Euro zur Folge hätte.

Käme es in diesem Szenario zu einer Volksentscheid über die Zugehörigkeit zur EU oder zum Euroraum, würde dies die Unsicherheit an den Märkten noch steigern. Italien ist immerhin die drittgrößte Volkswirtschaft im Euroraum und mit einer Staatsverschuldung von 2,25 Billionen Euro ihr größter Schuldner.

Bei einem negativen Ausgang des jetzt anstehenden Referendums dürfte der italienische Aktienmarkt unter Abgabedruck geraten, ebenso der europäische Aktienmarkt. Wirtschaftsliberale Reformen wären für lange Zeit blockiert. Der HAC wünscht allen DSW-Mitgliedern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest, viel Muße zwischen den Jahren und ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2017!

Ihr
 Wolfram Neubrandner
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

(Haftungsausschluss: Dieser Kommentar wurde nur zu Informationszwecken erstellt. Er ist kein Angebot zum Kauf/Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Anlageinstrumenten).





Windreich: Verjährung von Ansprüchen gegen Wirtschaftsprüfer droht

Die Insolvenz des bekannten Windanlagenbauers Windreich Ende des Jahres 2013 gehörte sicher zu den spektakulärsten in der an Pleiten nicht gerade armen Branche der regenerativen Energien. Jetzt droht den betroffenen Anleihegläubigern der Windreich GmbH die Verjährung etwaiger Schadenersatzansprüche gegen die Wirtschaftsprüfer des Unternehmens.

„Anleihegläubiger sollten den 31. Dezember 2016 im Auge haben. Wenn sie bis dahin nicht aktiv werden, ist die Durchsetzung eines möglichen Anspruchs gegen die Wirtschaftsprüfer endgültig passé“, warnt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW.

Hintergrund der möglichen Schadenersatzansprüche sind unter anderem die Vorgänge um die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2011, das am 31. Dezember 2011 endete. Für beide Abschlüsse wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk seitens der Wirtschaftsprüfer erteilt – spätestens zu diesem Zeitpunkt zu Unrecht, so Nieding. „Den Prüfern hätte auffallen müssen, dass die positive Fortführungsprognose nicht mal annähernd realistisch war.“ Tatsächlich sei die Windreich GmbH zum Ende des Jahres 2011 völlig überschuldet gewesen. „Windreich war nicht mehr in der Lage, wenigstens 90 Prozent der Verbindlichkeiten innerhalb von drei Wochen zu begleichen“, so Nieding. Gleichwohl wurden weiter Gelder für die Anleihen eingesammelt.

Geschädigte Aktionäre können sich kostenlos unter recht@niedingbarth.de registrieren lassen, um eine Prüfung und

Durchsetzung möglicher Schadenersatzansprüche vornehmen zu lassen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

KTGEnergie AG – wenig Grund zur Hoffnung für Anleihegläubiger

Im Sog der massiven Probleme der KTGAgar SE hatte am 27. September 2016 auch deren Tochtergesellschaft KTGEnergie AG einen Antrag auf Insolvenz in Eigenverwaltung gestellt. Die drei Monate, die das Unternehmen zur Restrukturierung Zeit hatte, werden Ende November ablaufen.

Sollte die Situation sich bis dahin nicht verbessert haben, droht die Regelinsolvenz, von der insbesondere die Besitzer der bis 2018 laufenden 50-Millionen-Euro-Anleihe (ISIN: DE000A1ML257) betroffen sein werden, die das Unternehmen 2012 begeben hatte.

„Bisher haben die Anleihegläubiger von dem Unternehmen noch herzlich wenig gehört. Es gibt weder einen Termin für eine Gläubigerversammlung, noch einen tragfähigen Sanierungsplan. Insgesamt gibt es nur wenig Anlass für Optimismus“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. Er rät betroffenen Anleihegläubigern dringend, sich zu organisieren und

ihre rechtlichen Möglichkeiten bis hin zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen zu überprüfen.

Besonders ärgerlich dabei: Der Antrag auf Insolvenz in Eigenverwaltung wurde seitens der KTG Energie AG einen Tag vor dem fälligen Zinstermin der Anleihe gestellt. „Hier droht die Gefahr, dass sich die Geschichte der KTG Agrar SE wiederholt, die ja auf einen nahezu völligen Untergang des Unternehmens hinauszulaufen scheint“, so Nieding. Trauriger Höhepunkt dieser Geschichte bisher: Zum 22. November 2016 hat die Deutsche Börse die Einbeziehung der beiden KTG-Agrar-Unternehmensanleihen in den Open Market gekündigt. Die Anleihe der KTG Energie AG wird zwar noch gehandelt, ihr Kurs liegt allerdings nur noch bei rund 14 Prozent.

Geschädigte Aktionäre können sich unter recht@niedingbarth.de registrieren lassen, um eine Prüfung und Durchsetzung möglicher Schadenersatzansprüche vornehmen zu lassen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Bekleidungskonzern Wöhrl AG lässt Anleihegläubiger weiter im Dunkeln tappen

Anfang September hat die finanziell angeschlagene Rudolf Wöhrl AG das sogenannte Schutzschirmverfahren in Eigenverwaltung beantragt. Nun hat der Bekleidungskonzern bis Anfang Dezember Zeit zur Sanierung. Gelingt das nicht, droht im schlimmsten Fall die Regelinsolvenz.

Ein großer Brocken der Schulden des Unternehmens stammt von einer 2018 fälligen 30-Millionen-Euro-Anleihe. Das Papier, das eine Rendite von 6,5 Prozent ausweist und insbesondere an Privatanleger verkauft wurde, soll deshalb umstrukturiert werden. Die Anleihegläubiger sind nun aufgefordert, am 28. November 2016 einen Gemeinsamen Vertreter zu wählen, der im Rahmen der Restrukturierung ihre Interessen gegenüber dem Unternehmen vertritt. Der erste Versuch zur Wahl war noch an einer zu geringen Beteiligung gescheitert. Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, rät Anleihegläubigern, auch die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen ins Auge zu fassen.

„Bisher liegt kein Konzept für die Restrukturierung vor. Die Anleihegläubiger haben keine hinreichenden Informationen über die

finanzielle Situation des Unternehmens und ob mögliche Zugeständnisse nachhaltig zu einer Stabilisierung führen“, sagt Nieding, der bei etlichen prominenten Sanierungsfällen wie Windreich, Prokon oder der WGF AG selber als Gemeinsamer Vertreter aktiv ist. „Die Anleihegläubiger sollten ihre rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um ihre Investition abzusichern. Dabei sollten sie auch nicht davor zurückschrecken, Schadenersatzansprüche prüfen zu lassen. Das ist oftmals die einzige Möglichkeit, um eine Kompensation des Verlusts zu erreichen. Hierbei schließt die Unterstützung eines Sanierungskonzeptes die Geltendmachung entsprechender Ansprüche gegen Prospektverantwortliche und Dritte nicht aus“, so der Fachanwalt für Kapitalanlagerecht weiter.

Geschädigte Aktionäre können sich unter recht@niedingbarth.de registrieren lassen, um eine Prüfung und Durchsetzung möglicher Schadenersatzansprüche vornehmen zu lassen oder eine Vertretung auf der Gläubigerversammlung zu erhalten.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Petromove AG – Hoffnungsschimmer für betrogene Anleger



Mit einer Rendite von 12 Prozent ohne Risiko warb zeitweise die mittlerweile insolvente Schweizer Tankstellenkette Petromove. Ziel der Akquisetätigkeit: deutsche Privatanleger. Anleger, die diesem Versprechen glaubten, erwarben im sogenannten Grauen Markt Aktien des Unternehmens.

Das Geschäft lief dabei nicht über eine Börse, sondern OTC (over the counter), was frei übersetzt soviel heißt wie: über

die Ladentheke. Dabei gibt es weder eine transparente Preisbildung, noch eine gesetzliche Regulierung, weshalb immer die Gefahr besteht, dass der Anleger über eben diese Ladentheke gezo-gen wird. Am Ende blieben statt der versprochenen Rendite nur staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Betrugs gegen das Petromove-Management und etliche geprellte Anleger.

„Wir konnten mittlerweile Akteneinsicht bei der Schweizer Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Landschaft nehmen. Danach geht die Staatsanwaltschaft davon aus, dass die Petromove AG seit mindestens 2011 überschuldet war. Aufgrund dieser Information sind wir zuversichtlich beweisen zu können, dass die deutschen Anleger seinerzeit unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu einem Investment in Aktien der Petromove AG veranlasst wurden“, erklärt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW.

Für die von ihm vertretenen Kläger ist das eine gute Nachricht, erhöht es doch die Chance auf Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen gegen den seinerzeitigen Vorstandsvorsitzenden der Petromove AG, Matthias Oberli. Und auch bisher nicht anwaltlich vertretenen Anlegern steht durch die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit wieder offen, ihren Schaden klageweise geltend zu machen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
 www.niedingbarth.de

Boni-Rückzahlungen bei der Deutschen Bank

„Zu solchen Positionen gehört ein unternehmerisches Risiko dazu“

Klaus Nieding, Vizepräsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW), hält die Überlegungen der Deutschen Bank für richtig, Bonuszahlungen an Ex-Manager einzubehalten oder sogar zurückzufordern. Zu einer vernünftigen Bonusregelung gehöre auch eine Malusklausel, sagte er im [DLF](#).

Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der CeoTronics AG

Nachdem im letzten Jahr noch Hoffnung verbreitet wurde, als das Ergebnis je Aktie plus 0,08 Euro betragen hat und der angekündigte „Turnaround“ gemeistert wurde, ist das Ergebnis je Aktie nun wieder ins Negative gefallen auf minus 0,09 Euro. Die Aktie der CeoTronics AG ist damit noch immer weniger als ein Pennystock. Es ist leider ein Ramschpapier.

Welche Strategie wird hier vom Vorstand und vom Aufsichtsrat verfolgt, um in Zukunft – hoffentlich in naher Zukunft – in höhere Sphären zu kommen? Hat die CeoTronics AG überhaupt eine solche Strategie? Oder legt es die CeoTronics AG erst gar nicht darauf an, jemals hohe Ergebnisse je Aktie zu erzielen?

Laut dem Brief des Vorstandes wurde das Ergebnis des Geschäftsjahres 2015/2016 durch deutlich erhöhte Forschungs- und Entwicklungskosten negativ beeinflusst. Laut dem Konzernlagebericht investierte CeoTronics in den letzten drei Jahren massiv in neue Produktentwicklungen und berücksichtigte schon bei der Konstruktion die Notwendigkeit, schneller produzieren zu können, auch, um die Herstellungskosten nachhaltig zu senken.

Die Frage, die sich hierbei stellt, ist, ob sich die erhöhten Forschungs- und Entwicklungskosten nunmehr beginnen endlich, sich auszuzahlen?

Abermals wird auch deutlich, dass sich die CeoTronics primär von behördlichen Auftraggebern abhängig macht. Hat die Verwaltung hier keine Ideen und Strategien, um auch ohne Rückendeckung durch eine positive Konjunktorentwicklung neue Kunden aus dem nicht-behördlichen Umfeld zu akquirieren? Wo bleibt hier der Pioniergeist beziehungsweise die Kreativität, ein entsprechendes Marketing zu betreiben?

Auch heißt es im Konzernlagebericht, dass die solide Finanzierungsstruktur, die vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit mit den Hausbanken sowie die zurückhaltende Dividendenpolitik nach guten Geschäftsjahren dazu beigetragen hätten, die Schwankungen in Umsatz und Ertrag aufzufangen. Hier muss sich die Verwaltung die Frage gefallen lassen, inwiefern eine „zurückhaltende Dividendenpolitik“ betrieben wird? Es wird doch derzeit überhaupt keine Dividendenpolitik betrieben. Wird hier seitens der Verwaltung geprüft, ob nicht einmal eine Dividende an die Aktionäre gezahlt werden könnte? Alleine um deren Vertrauen in die CeoTronics zu stärken, wäre dies doch durchaus einmal angebracht.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).



Endspurt

In den letzten Wochen des Jahres nimmt in fasten allen Teilen der Welt die Konjunktur Fahrt auf. Deutschland kann auf eine starke Konsumententwicklung bauen, in Europa wächst das Wirtschaftsvertrauen, in den USA präsentiert sich die Industrie in guter Verfassung und in Japan steigen dank eines schwachen Yens die Exporte.

Kurz vor Weihnachten spielt vor allem der Konsum eine tragende Rolle für die deutsche Konjunktur. Dass der GfK-Konsumklimaindex für den Dezember auf 9,8 Punkte stieg, ist somit besonders positiv zu bewerten. Das Bruttoinlandsprodukt legte im dritten Quartal von den Konsumausgaben angetrieben um 0,2 Prozent zu. Dass das Wachstum nicht höher ausfiel, liegt auch an der schwächelnden Industrie. Der Einkaufsmanager für das verarbeitende Gewerbe verlor an Fahrt und sank im November von 55 auf 54,3 Punkte. Ein schrumpfendes Industriewachstum signalisierte bereits der Ifo-Geschäftsklimaindex. Im vergangenen Monat verharrte der Index bei 110,4 Punkten auf seinem Oktober-Niveau. Zwar helfe die starke Konsumententwicklung, allerdings wachsen mit den protektionistischen Plänen des künftigen US-Präsidenten Donald Trump auch die Sorgen der Exportwirtschaft. Diese Sorgen spiegelt auch das Economic Sentiment wider, das im November von 108,7 auf 108 Punkte gesunken ist. Bessere Daten kamen hingegen vom Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitssuchenden ist im vergangenen Monat von 2,6 auf rund 2,5 Millionen gesunken. Die Arbeitslosenquote ist mit 5,7 Prozent auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken.

Europäische Industrie und Dienstleister trumpfen auf

Auf europäischer Ebene waren ebenfalls erfreuliche Konjunkturdaten zu verzeichnen. Der gebündelte Composite-Einkaufsmanager stieg um 0,8 auf 54,1 Punkte. Einen besonders

starken Beitrag lieferte hierbei Frankreich, wo der Composite-Index um 0,7 auf 52,3 Punkte gestiegen ist. In der Einzelbetrachtung ragte vor allem der Dienstleistungssektor hervor, wo der Einkaufsmanagerindex für die Eurozone mit 54,1 Zählern einen neuen Jahreshöchststand erreicht hat.

US-Einzelhandelsumsätze legen zu

In den USA hat die Präsidentschaftswahl im November die größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Zahlreiche Konjunkturdaten gerieten deswegen in den Hintergrund – zu Unrecht. Denn die US-Wirtschaft reitet weiter auf der Wachstumswelle. Das beweist unter anderem der Einkaufsmanagerindex der Industrie, der im November von 53,2 auf 53,9 Zähler gestiegen ist. Auch die Einzelhandelsumsätze gaben eine gute Figur ab. Im Vergleich zum bereits starken September stiegen die Umsätze im Oktober nochmals um 0,8 Prozent.

Japans Wirtschaft wächst im dritten Quartal

Gute Nachrichten kamen diesmal auch aus Japan. Lange hatte die exportabhängige Wirtschaft des Landes unter einem starken Yen gelitten. Nach den Präsidentschaftswahlen in den USA und der anschließenden Aufwertung des Dollars im Vergleich zum Yen, legten die Exporte im dritten Quartal deutlich zu. Sanken diese im zweiten Quartal noch um 1,5 Prozent, so stiegen sie in den vergangenen drei Monaten um 2 Prozent. Das japanische Bruttoinlandsprodukt weist für das dritte Quartal ein Plus von 0,5 Prozent auf.

China konnte ebenfalls mit einigen Überraschungen aufwarten. Der Einkaufsmanagerindex des verarbeitenden Gewerbes kletterte um 0,5 auf 51,7 Punkte. Der Dienstleistungsindex stieg sogar von 54 auf 54,7 Punkte. Geholfen haben hierbei unter anderem die konjunkturstimulierenden Maßnahmen der Regierung und die Niedrigzinspolitik der chinesischen Notenbank.



Novemberbescherung

Im November standen die Börsen ganz im Zeichen der US-Wahlen. Der Sieg des Republikaners Donald Trump galt zwar im Vorfeld als Worst-Case-Szenario. Doch die befürchteten Börsenturbulenzen blieben aus. Im Gegenteil: Im November kletterte der Dow Jones auf Monatssicht um 5 Prozent auf ein neues Rekordhoch von 19.152 Punkten.

Die Finanzmärkte legten eine erstaunlich schnelle Anpassungsfähigkeit an die neuen Gegebenheiten in den USA an den Tag. Fortan hoffen die Börsianer, dass Trumps angekündigtes milliardenschweres Konjunkturprogramm die ohnehin wachsende US-Wirtschaft weiter antreibt. Besonders robust präsentierten sich zuletzt Bank-Aktien. Grund: Mit Donald Trump als Präsident ist die Wahrscheinlichkeit auf eine Deregulierung der Finanzmärkte gestiegen. Auch der Dax profitierte von den überraschend aufkommenden Hoffnungen rund um Trump. Nach seinem Wahlsieg rückte der Deutsche Aktienindex bis Mitte November immer weiter vor und erarbeitete sich in den vergangenen 30 Tagen ein Kursplus von knapp 2,5 Prozent.

Fed hält am Zinszeitplan fest

Im Fokus stand auch die Geldpolitik der Federal Reserve. Experten hatten im Vorfeld damit gerechnet, dass die US-Notenbank bei einem Sieg Trumps die geplante Zinserhöhung im Dezember verschieben könnte. Schnell zeichnete sich jedoch ab, dass die Fed wohl nicht am Zeitplan für die Zinserhöhung zu rütteln wird. An den US-Börsen wurde das mit Wohlwollen aufgenommen.

Im Gegensatz zur Fed fährt die Europäische Zentralbank weiterhin einen expansiven Kurs. Analysten rechnen sogar mit einer Verlängerung des Anleihekaufprogramms der EZB über den März 2017 hinaus. Die gegensätzlichen Kurse der beiden

Notenbanken haben den Euro gegenüber dem Dollar stark abwerten lassen. Auf Monatssicht ist der Kurs um über 3 Prozent gesunken. Noch größer waren die Verluste bei Gold. Da die befürchteten Kursturbulenzen im Zuge der US-Wahlen ausblieben, konnte das Edelmetall seine Wirkung als Krisenwährung im November nicht entfalten und sackte um über 8 Prozent ab auf 1.170 Dollar.

OPEC einigt sich auf Förderkürzung

Ende November blickten die Finanzmärkte dann gebannt nach Wien. Dort fand das Treffen der OPEC statt, bei dem sich das Ölkartell zum ersten Mal nach fast acht Jahren auf eine Förderkürzung einigen konnte. Kurzfristig hat sich die Einigung positiv auf die Preise ausgewirkt. Auf Monatssicht stieg der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent um fast 7 Prozent auf über 52 Euro. US-Ölwerte wie beispielsweise Exxon oder Chevron konnten von dem Preisanstieg profitieren und trieben mit ihren Kursgewinnen die US-Börsen zusätzlich an.

Das nahende Verfassungsreferendum in Italien hingegen sorgte in der zweiten Novemberhälfte für eine lähmende Kursentwicklung an den Börsen in Europa. Der EuroStoxx 50 gab auf Monatssicht deswegen um knapp ein Prozent nach. Sollten die Italiener gegen die geplante Verfassungsreform stimmen, könnten vor allem die italienischen Banken in Bedrängnis geraten und damit auch die gesamte Konjunktur des Landes.

Yen-Abwertung hilft dem Nikkei

Besser präsentiert sich in Japan der Nikkei. Im November legte er um über 5 Prozent zu. Zugute kam den Kursen in Tokio die lang ersehnte Abwertung des Yen. Trotz eines extrem expansiven Kurses der Bank of Japan ist es den Währungshütern in Tokio lange nicht gelungen, die japanische Währung abzuwerten und damit die exportorientierte Wirtschaft in Fernost anzutreiben. Im Zuge der Dollar-Aufwertung im November gab der Yen schließlich über 8 Prozent nach.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ Veranstaltungsübersicht



Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
05. Dezember	Düsseldorf und Stuttgart
06. Dezember	Münster
07. Dezember	Berlin

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sie sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden. Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 3: Matthias Sandmann; Seite 7: © pabloprat - Fotolia.com; Seite 8: © Ronja - Fotolia.com; Seite 1-9 & 12: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 10: © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 11: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 12: © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
 Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

 Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.

Per Post senden an:

 DSW –
 Deutsche Schutzvereinigung
 für Wertpapierbesitz e. V.
 Postfach 350163
 40443 Düsseldorf

Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22

Telefax: 02 11/66 97 60

 Internet: www.dsw-info.de

 E-Mail: dsw@dsw-info.de

ab sofort: große DSW-Aktion

Jetzt

DSW-Mitglied werden

 inklusive **FOCUS-MONEY**

erst ab 2017 zahlen